

Briefing Debatte Einkommensteuerreform

Das wollen wir:

- Eine spürbare Entlastung für kleine und mittlere Einkommen: Diejenigen, die monatlich bis zu 2500 – 3000€ brutto verdienen, sollen mehr im Portemonnaie haben.
- Einen höheren Reichensteuersatz, der früher einsetzt: Diejenigen, die mehr haben, können auch mehr beitragen. Das ist Steuergerechtigkeit.
- Den Solidaritätszuschlag beibehalten: Aktuell zahlen ihn nur ca. 10% der Spitzenverdienerinnen und Spitzenverdiener in Deutschland.
- Eine solide Gegenfinanzierung der Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen über eine aufkommensneutrale Reform. Das bedeutet, dass eine Entlastung am unteren Ende und bei mittleren Einkommen durch eine höhere Belastung der höheren Einkommen finanziert wird.

Das wollen zwei einzelne MdBs der Unionsfraktion (Yannick Bury, CDU und Florian Dorn, CSU):

Bury und Dorn haben einen unabgestimmten Vorschlag vorgelegt, der vor allen Dingen Spitzen Einkommen entlastet und nicht seriös gegenfinanziert ist.

Nach den beiden Unionspolitikern soll der Spitzensteuersatz nicht angehoben werden und erst bei 85.000€ (zurzeit bei rd. 70.000€) einsetzen. Bei den Einkommen im Reichensteuersatz ab 277.000 € würde nach deren Vorschlag über die Abschaffung des Solidaritätszuschlags der Beitrag zum Gemeinwohl sogar um 3% gesenkt. Diese Entlastung der Reichen würde rund 30 Mrd. € kosten.

Gegenfinanzieren wollen Bury und Dorn über Subventionskürzungen und Einsparungen in der Verwaltung in Höhe von pauschal 15%. Dieser Vorschlag entspricht nicht der Vereinbarung im Koalitionsvertrag, nicht den Vereinbarungen im Koalitionsausschuss und ist haushaltspolitisch verantwortungslos. Kürzungen in dieser Höhe (30 Mrd. €) sind absolut unrealistisch. Schon die Subventionskürzung beim Agrardiesel hat massive Proteste ausgelöst, betrug aber nur rund 350-400 Mio. Euro.

Konkrete Subventionstatbestände zur Gegenfinanzierung werden nicht genannt, aber als Beispiele wäre zu nennen: 15% weniger Städtebauförderung, 15% weniger Forschungsförderung, 15% geringere Pendlerpauschale, 15 % weniger Fördermittel für energetische Sanierungen.

Briefing Debatte Einkommensteuerreform

Das wollen andere in der Unionsfraktion

Die Unionsfraktion spricht aktuell nicht mit einer Stimme. Der finanzpolitische Sprecher der Unionsfraktion, hat sich bereits zeitlich früher vor seinen beiden Fraktionskollegen dafür ausgesprochen, dass kleine und mittlere Einkommen um rund 10 Mrd. € entlastet werden sollen. Um dies zu ermöglichen, spricht er sich für einen moderaten Anstieg des Spitzensteuersatzes und des Reichensteuersatzes aus. Das ist eine gute gemeinsame Diskussionsgrundlage für die Reform der Einkommensteuer und kommt dem entgegen, was auch wir uns vorstellen können(siehe oben).

Statements der SPD-Bundestagsfraktion in der aktuellen Debatte (vom 23.04.2026)

Dr. Wiebke Esdar, stellv. Fraktionsvorsitzende, SPD-Bundestagsfraktion:

„Das Steuermodell der Union ist eine Belastung für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Hintertür – und es schadet unserer Wirtschaft. Rechnet man das Konzept ehrlich durch, wird klar: Am stärksten profitieren Spitzenverdiener. Bezahlen sollen jedoch andere. Das Modell reißt ein Loch von 30 Milliarden Euro in den Staatshaushalt. Das ist kein Kratzer, das ist ein Krater. Stopfen will die CDU ihn mit der Rasenmäher-Methode: Jedes Jahr pauschal 15 Prozent der Subventionen weg – überall, ohne Plan, ohne Rücksicht. Was nach Aufräumen klingt, ist in Wahrheit ein Kahlschlag. Stromvergünstigungen für Mittelstand und Industrie würden wegfallen. Zukunftsprojekte wie Grüner Stahl würden beerdigt. Und der Agrardiesel für die Landwirte müsste wohl verschwinden. Wer in Deutschland investieren oder sein Gebäude energetisch sanieren will, würde allein gelassen werden. Für Familien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würde das vermutlich heißen: Die Stromrechnung wird teurer, der Job unsicherer und das E-Auto unbezahlbar. Wer in der Krise belastet und nicht entlastet, handelt fahrlässig. Das Unions-Modell möchte ein undichtes Dach reparieren, indem es die tragenden Balken absägt. Ich erwarte von Friedrich Merz eine klare Antwort: Wer zahlt hier die Zeche? Im Moment sind es unsere Betriebe mit ihren Beschäftigten. Wer Wirtschaftskompetenz verspricht und Politik für Spitzenverdiener macht, verwechselt Verantwortung mit Klientelpolitik.“

Frauke Heiligenstadt, finanzpolitische Sprecherin, SPD-Bundestagsfraktion:

"Wir haben im Koalitionsvertrag eine Einkommensteuerreform zur Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen verabredet. Diejenigen, die monatlich 2500 bis 3000 Euro brutto verdienen, sollen am Ende des Monats mehr Geld im Portemonnaie haben. Diese Reform scheinen aber einige Kolleginnen und Kollegen in der Unionsfraktion anders verstanden zu haben: Spitzeneinkommen zu entlasten und damit ein zusätzliches Haushaltsloch von 30 Mrd. Euro zu reißen, ist ungerecht und haushaltspolitisch unseriös."

Briefing

Debatte Einkommensteuerreform

Dr. Thorsten Rudolph, haushaltspolitischer Sprecher, SPD-Bundestagsfraktion:

"Es muss unser gemeinsames Ziel sein, kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer spürbar zu entlasten. Dafür kämpfen wir als Sozialdemokratie. Die Vorschläge der Union zeigen aber leider, dass für einige dort offenkundig immer noch Jahrmarkt im Himmel ist. Steuersenkungen von 30 Mrd. Euro würden das ohnehin bestehende Loch von 60 Mrd. Euro im Bundeshaushalt noch weiter vergrößern und endgültig unfinanzierbar machen. Die angebliche Gegenfinanzierung über pauschale Kürzungen der Finanzhilfen und Subventionen ist ein Taschenspielertrick, weil die entsprechenden Maßnahmen noch nicht einmal innerhalb der Unionsfraktion durchsetzbar wären. Es erinnert leider an den Bundestagswahlkampf der Union, in dem der Bürger schon einmal mit unfinanzierbaren Versprechen getäuscht wurde. Ich erwarte für die weitere Debatte sowohl von SPD als auch Union ein Mindestmaß an Seriosität und Verantwortungsbewusstsein."